

Giselher Rüpke Schwangerschaftsabbruch und Grundgesetz

Eine Antwort auf das in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 25. 2. 1975 ungelöste Verfassungsproblem

Nachwort von Peter Schneider

Suhrkamp Verlag

Inhaltsverzeichnis

I. Teil

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts - kritische Würdigung

1.0.	Urteilstenor und Gesetzesbestimmungen im Wortlaut	13
1.1.	Der Kompromiß - in Grundsatzgestalt	17
1.1.1.	Ausgangslage und Erwartungen an das Gericht	17
1.1.2.	Grundsutzerklärung, verbaler Konsens, Anpassung an die Verhältnisse	23
1.1.3.	Große Abkehr-Beratung oder Bestrafung?	28
1.1.4.	Fetusschizophrenie statt verfassungsrechtlicher Maßstäbe	38
1.1.5.	Zeitliche Bestimmungen: Zwölf-Wochen-Frist? Nidation?	45
1.1.6.	Zur Interpretation der Vollstreckungsanordnung	47
1.2.	Lebensschutz und Schwangerschaftsabbruch - systematische Fragestellungen	52
1.2.1.	Subjektives Grundrecht oder objektive Wertentscheidung	52
1.2.2.	Objektive Wertentscheidung und Judicial Self-Restraint	57
1.2.3.	Teilhaberechte, subjektive »Abwehr«-Rechte, Strafrechtsschutz	60
1.2.4.	Objektiv-institutionelle Gewährleistung von Leben? Die »Drittwirkung«	64
1.2.5.	Grundrecht auf Leben des Ungeborenen - ja oder nein	70

1.3.	Menschenwürde und Schwangerschaftsabbruch - gesellschaftliche Wertschätzung, Tabuisierung, Tötungshemmung	79
1.4.	Werdende Mutter und werdendes Kind - ein Problem der Privatheit?	89

II. Teil

Ist das Abtreibungsverbot verfassungswidrig?

I. Abschnitt

Durch das Abtreibungsverbot beeinträchtigte Rechte der Schwangeren

2.1.1.	Anknüpfungspunkte in der Verfassungsrechtsprechung	109
2.1.1.1.	Rechtsvergleichendes: Die Entscheidung des Supreme Court der USA zum Abtreibungsverbot und deren Präjudizien	109
2.1.1.2.	Der Schutz des privat-persönlichen Lebensbereichs in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	112
2.1.2.	Sozialpsychologische Bestimmung von Privatheit und deren Schutzbedürftigkeit. Die »Privatheitsdurchbrechung«	116
2.1.2.1.	Symbolische Vermittlung, Denken und Sprechen, sprachliche Mehrdeutigkeit	117
2.1.2.2.	Kommunikation und Privatheit	119
2.1.3.	Die erzwungene Vergemeinschaftung	121
2.1.4.	Das Abtreibungsverbot als Vergemeinschaftung	123

2.1.4.1.	Aufzwingung eines Kommunikations-Partners	123
2.1.4.2.	Schwangerschaft und werdende Partnerschaft	127
2.1.4.3.	Folgerungen für Umfang und Intensität der Vergemeinschaftung	132

II. Abschnitt

Durch das Abtreibungsverbot geschützte Rechtsgüter

2.2.1.	Werdendes Leben (werdendes Kind) als durch Abtreibungsverbot geschütztes Rechtsgut	135
2.2.1.1.	Gesellschaftliche und historische Aspekte	135
2.2.1.2.	Die Lebensrechtsfähigkeit des Nasciturus (im Frühstadium)	138
2.2.1.2.1.	Die Bedeutung des Akzeptierens des Kindes durch die werdende Mutter	138
2.2.1.2.2.	Methodische Probleme zur »Definition« des menschlichen Rechts auf Leben	143
2.2.1.3.	Das Recht auf Leben »jenseits« mütterlichen Akzeptierens im Spätstadium	146
2.2.1.3.1.	Vollendung und Beginn der Geburt	146
2.2.1.3.2.	Frühgeburt und Spätabtreibung	147
2.2.1.3.3.	Früh- und Mittelphase der Schwangerschaft	151
2.2.2.	Menschenwürde	153
2.2.3.	Gesundheit der Schwangeren als durch Abtreibungsverbot geschütztes Rechtsgut	154
2.2.3.1.	Die besonderen Gefahren des kriminalisierten Aborts. Ihre gesetzpolitische und verfassungsrechtliche Bedeutung	154

2.2.3.2.	Methoden und Gefahren des lege artis herbeigeführten Aborts unter besonderer Berücksichtigung der Frühabtreibung	157
2.2.3.3.	Beurteilung des Verbots der Frühabtreibung	161
2.2.3.4.	Abtreibung in der Mittelphase	165
2.2.3.4.1.	Frühe Entschlußfassung und Bedingungen ihrer Verwirklichung (im ersten Trimester)	167
2.2.3.4.2.	Ambivalenz in der Schwangerschaft	168
2.2.3.4.2.1.	Akzeptieren des Kindes als zeitlich ausgedehnter Prozeß	168
2.2.3.4.2.2.	Entscheidungs- (Mutterwerdungs-) Bedingungen im ersten und zweiten Trimester	170
2.2.3.4.2.3.	Verfassungsrechtliche Folgerungen über die Zulässigkeit der erzwungenen Vergemeinschaftung	175
	Nachwort von Peter Schneider	178
	Ergebnisse in Leitsätzen	188
	Sachregister	195